

Öffentliche Wahrnehmung der Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit: Eine Medienanalyse der Gammelfleischskandale

Public perception of primary responsibility for food safety: a media analysis of the rotten meat scandals

Holger Schulze und Justus Böhm
Georg-August-Universität Göttingen

Daniela Kleinschmit
Sveriges Lantbruks-Universitet, Uppsala, Schweden

Achim Spiller und Beate Nowak
Georg-August-Universität Göttingen

Zusammenfassung

Anfang des Jahres 2005 berichteten die Medien erstmals über die Verarbeitung und den Handel von verdorbenem Fleisch. In der Folgezeit kam es bis heute zu einer Vielzahl neuer Problemfälle, die Schwächen in der Lebensmittelkontrolle offenlegten und somit die Aktualität und Brisanz des Themas Qualitätssicherung in der Fleischwirtschaft verdeutlichten. Während nach der BSE-Krise die Lösung des Problems in privatwirtschaftlichen Kontrollsystemen gesucht wurde, führten die „Gammelfleischskandale“ zu Maßnahmen, die für eine intensivere staatliche Kontrolle stehen. Es ist somit keine eindeutige politische Richtung erkennbar, ob die Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit beim Staat oder der Wirtschaft liegen sollte. Der folgende Beitrag greift diese Fragestellung mit Blick auf die Medien auf, da diese einen erheblichen Einfluss auf die politische Agenda ausüben können. Dafür wurden 347 Artikel aus sieben verschiedenen deutschen Zeitungen zum Thema „Gammelfleischskandale“ analysiert. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass staatliche Akteure die mediale Debatte dominieren und einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, dass die Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit dem Staat zugeschrieben wird. Unternehmen und Verbände der Fleischwirtschaft sind dagegen in der Diskussion kaum präsent.

Schlüsselwörter

Gammelfleisch; Medienanalyse; Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit; Qualitätssicherung

Abstract

At the beginning of the year 2005 the German meat industry frequently appeared in the media with reports about rotten meat. Since then a huge number of new problems with meat have arisen which have disclosed weaknesses in food quality control and highlighted the extremely sensitive nature of the subject in the meat sector. Contrary to the BSE crisis after which private control systems were strengthened, the „rotten meat scandals“ led to more state control. Hence, no clear political direction is perceptible as to whether primary responsibility for food safety should lie with the state or with the industry. The following contribution examines this question with regard to the presentation of this subject in the media. It is based on the content analysis of 347 articles on the topic „rotten meat“ which were published in seven German newspapers. The empirical results demonstrate that state actors have dominated the debate in the media and have thus decisively contributed to the fact that the primary responsibility for food security in Germany is assigned to the government. Companies and organizations of the meat industry have hardly ever appeared in the discussion.

Keywords

media analysis; primary responsibility for food safety; quality assurance; rotten meat

1. Problemstellung und Zielsetzung

„Dreckszeug im Essen“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 14.12.2005), „Noch mehr Gammelfleisch in Deutschland“ (HAMBURGER ABENDBLATT, 21.11.2005), „Tonnenweise Gammelfleisch in Kühlhaus gefunden“ (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 12.09.2006) oder „Gammelige Schweineköpfe zu Wurst verarbeitet“ (TAZ, 22.01.2008) sind Schlagzeilen, die beispielhaft für die mediale Darstellung der „Gammelfleischskandale“ der letzten Jahre stehen. Die Medien haben dabei vor allem den Begriff „Gammelfleisch“ geprägt und dienten zugleich der Öffentlichkeit sowie den politischen Entscheidungsträgern als Hauptinformationsquelle (MEYER-HULLMANN, 1999: 149).

Der Handel mit verdorbenem Fleisch zeigt, dass Kontrollen der Lebensmittelsicherheit unumgänglich sind und legt gleichzeitig offen, dass Kontrolldefizite in den Institutionen, die die Lebensmittelsicherheit gewährleisten sollten, bestehen. Bislang ist bezüglich der Übernahme der Primärverantwortung der Lebensmittelsicherheit jedoch keine eindeutige Linie erkennbar. Die Diskussion bewegt sich zwischen dem Ruf nach verstärkter Regulation und damit staatlichen Eingreifen auf der einen Seite und der Forderung nach privatwirtschaftlicher Verantwortung auf der anderen Seite. So wurde auf die BSE-Krise mit dem „Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit“ reagiert, welches zu einer stärkeren privatwirtschaftlichen Verantwortung führte, dagegen wurde als Konsequenz aus den „Gammelfleischskandalen“ von den politischen Entscheidungsträgern ein 10-Punkte-Programm beschlossen, das vor allem einen Ausbau der staatlichen Kontrollen beinhaltet (vgl. BMELV, 2005). Geteilte Verantwortung oder nicht eindeutig zugeordnete Kompetenzen können jedoch leicht zu institutionellen Lücken und Schuldverschiebungen führen. Eine Situation, die BECK als organisierte Unverantwortlichkeit charakterisiert hat (BECK, 1988).

Die mediale Aufmerksamkeit zum Thema „Gammelfleisch“ verstärkt die Diskussion um Qualität und Sicherheit von

Lebensmitteln. Die aus der Berichterstattung entstehende Verunsicherung und Mobilisierung der Öffentlichkeit zieht in der Folge politischen Handlungsdruck nach sich, wie es bereits beim BSE-Skandal festzustellen war (KLEINSCHMIT und FEINDT, 2004: 93). Gerade für die Politik, aber auch für andere Beteiligte, wie die Fleischbranche, stellt sich in solchen Situationen das Problem, dass sie im Sinne der Öffentlichkeit agieren müssen, um verlorenes Vertrauen gutzumachen oder sich zu profilieren. Dabei wird die veröffentlichte Meinung in den Medien von politischen Entscheidungsträgern als Barometer für die öffentliche Meinung herangezogen. Die Mediendarstellungen in Krisenzeiten lassen jedoch nicht mehr alle Meinungen zu, sondern geben durch framing eine bestimmte Richtung vor. Die Mediendarstellung ist somit in der politischen Wirkung von doppelter Bedeutung. Zum einen verstärkt sie den politischen Handlungsdruck, zum anderen übt sie einen wesentlichen Einfluss auf die politische Agenda aus (LINSKY, 1986; ROGERS et al., 1991, und JARREN und DONGES, 2006). Aus diesem Grund kommt der Frage, wem in der Medienöffentlichkeit die Primärverantwortung für die Sicherheit der Lebensmittel zugeschrieben wird, eine besondere Bedeutung zu.

Dieser Frage soll anhand einer empirischen Medienanalyse nachgegangen werden. Dabei ist es das Ziel, die Berichterstattung über die Fälle des Handels mit verdorbenem Fleisch in einem abgesteckten Zeitrahmen zu rekonstruieren. Diese Analyse soll aufzeigen, wie das Problem in den allgemeinen und in den fachspezifischen Medien gerahmt wurde. Dabei wird insbesondere auf die Darstellung der Primärverantwortung der Lebensmittelkontrolle fokussiert, um eine mögliche Dominanz bezüglich der Befürwortung oder Ablehnung staatlicher oder privatwirtschaftlicher Kontrolle zu erkennen. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da in Folge der BSE-Krise erheblich in den Aufbau privater Qualitätssicherungssysteme (z. B. QS Qualität und Sicherheit GmbH) investiert wurde. Es ist daher zu analysieren, ob diese Investitionen auch zu einer höheren öffentlichen Wahrnehmung der Primärverantwortung der Wirtschaft geführt haben, da diese Verantwortung traditionell eher dem Staat zugeordnet wird (SCHRAMM und SPILLER, 2003).

Um diese Fragen zu beantworten, werden am Beispiel des „Gammelfleischskandals“ mit Hilfe einer Inhaltsanalyse 347 Artikel aus sieben verschiedenen Zeitungen untersucht, wobei vier Zeitungen der überregionalen Qualitätspresse und drei Zeitungen der branchenspezifischen Fachpresse zuzuordnen sind. Die empirischen Ergebnisse rekonstruieren die Darstellung des Skandals in den Medien, zeigen, welche Akteure eine Rolle spielen (Sprecher, Opfer, Helfer) und welche Handlungsmöglichkeiten präferiert werden.

Zunächst wird in Kapitel 2 das Spannungsfeld zwischen privater und staatlicher Kontrolle beschrieben. Anschließend werden im dritten Kapitel der theoretische Rahmen der Medienanalyse und im vierten Kapitel das Forschungsdesign der Studie vorgestellt. Im fünften Kapitel werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse dargestellt. Neben den formalen Merkmalen der Berichterstattung, den Akteuren, Sprechern, Opfern und Verursachern wird auch auf die Darstellung der Problemlöser und die möglichen Lösungsansätze eingegangen. Abgeschlossen wird der Beitrag mit einer Diskussion und den Schlussbemerkungen.

2. Fleischskandale im Spannungsfeld zwischen privater und staatlicher Lebensmittelkontrolle

Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen (z. B. der Automobilindustrie) ist in der Lebensmittelwirtschaft die Primärverantwortung traditionell staatlich verankert. Nach HOBBS (1996) basiert das Gebilde des Staats auf einem Gesellschaftsvertrag, in welchem der Einzelne Freiheitsrechte an den Staat abgibt, um dauerhaft vom Staat gegen andere geschützt zu werden. Diese Grundannahme lässt sich in modernen Staaten immer noch auf fast alle hoheitlichen Aufgaben anwenden und betrifft auch die staatliche Lebensmittelkontrolle. Gerade in Deutschland hat diese im Fleischbereich eine sehr lange Tradition, zurückzuführen u. a. auf historische Erfahrungen, da vormals die hohen technischen Schwierigkeiten der Lebensmittelsicherheit und die entsprechenden Gesundheitsrisiken nicht den vielen kleinbetrieblichen Akteuren überlassen werden konnten (SPRIGGS und ISAAC, 2001). In Deutschland wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Reichsfleischbeschaugesetz (RFBG) verabschiedet (STOLLE et al., 2000). Seitdem haben sich Untersuchungsmethoden und einzelne Paragraphen verändert, aber das RFBG bildet immer noch die Basis des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB in der Fassung vom 26. April 2006). Die Fleischschau sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung der Qualität von Lebensmitteln liegen somit seit Jahrzehnten im Aufgabenbereich des Staates. Insgesamt ist bis heute der staatliche Einfluss in der Fleischwirtschaft ungleich größer als in fast allen anderen Branchen der deutschen Wirtschaft.

Anfang dieses Jahrzehnts verdeutlichte dann die BSE-Krise, dass die primär hoheitlich verantwortete Qualitätssicherung lückenhaft war und neue Lösungswege eingeschlagen werden mussten (SCHRAMM und SPILLER, 2003). Seitens der Europäischen Union ist daher im Jahr 2000 mit dem „Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit“ ein Paradigmenwechsel in der Organisation der Qualitätssicherung durchgeführt worden. Dieser Wechsel wurde durch die Lebensmittelbasis-Verordnung Nr. 178/2002 (EG, 2002: 7) rechtlich umgesetzt. In den Erwägungsgründen (Nr. 30) heißt es dazu, dass „der Lebensmittelunternehmer am besten in der Lage ist, ein sicheres System der Lebensmittellieferung zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass die von ihm gelieferten Lebensmittel sicher sind; er sollte daher auch die primäre rechtliche Verantwortung für die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit tragen.“ Darüber hinaus haben Lebensmittelunternehmen nach Art. 18 der Verordnung seit dem 01. Januar 2005 die Pflicht, ein geeignetes Dokumentationssystem zur Erfassung der Lieferanten und/oder Abnehmer einzurichten, um die Rückverfolgbarkeit sicherzustellen.

Infolge dieser rechtlichen Änderungen sowie der gestiegenen Nachfrage der Konsumenten nach Informationen über die Lebensmittelproduktion (HATANAKA et al., 2005: 3, und FULPONI, 2006: 2), kam es zu dem Aufbau einer Vielzahl von Qualitätssicherungssystemen, die – auch im internationalen Umfeld – alle Bereiche des Ernährungssektors erfassen.

Grundsätzlich können diese Systeme in hoheitlich oder unternehmerisch initiierte differenziert werden. Bei einem

gesetzlich geregelten Kontrollsystem gibt der Staat übergreifende Standards vor, während privatwirtschaftliche Konzepte (wie z. B. QS Qualität und Sicherheit oder GLOBALGAP) häufig vom Einzelhandel oder den betroffenen Branchen aufgebaut werden. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Zielsetzungen gesetzlich geregelter und privater Qualitätssicherungsstandards. Privatwirtschaftliche Systeme legen ihren Zielschwerpunkt häufig neben der Produktsicherheit u. a. auch auf die Senkung von Transaktionskosten, die Prozessführerschaft und die Reduktion von Kundenaudits. Bei dieser qualitätsmanagementorientierten Ausrichtung steht die Prozesskontrolle im Vordergrund. Währenddessen liegt der Einsatzbereich staatlicher Systeme bei Nahrungsmitteln, bei denen sich der Konsument nicht selbst von der Richtigkeit der Qualitätsangaben überzeugen kann (Vertrauenseigenschaften). Staatliche Qualitätssicherungssysteme verfolgen somit primär Ziele des Verbraucherschutzes. Die gesetzlichen Standards reichen dabei von den klassischen Qualitätskontrollen bzw. den reinen Endproduktkontrollen der Lebensmittel (z. B. Fleischschau), bis hin zur Einleitung von Kontrollmaßnahmen im gesamten Herstellungs- und Verarbeitungsprozess (Prozesskontrollen; z. B. EU-Öko-Kontrolle).

Zwar haben Qualitätssicherungssysteme und insbesondere die privatwirtschaftlichen Ansätze (z. B. QS Qualität und Sicherheit GmbH, IFS – International Food Standard oder GLOBALGAP) im Agribusiness eine sehr große Bedeutung erlangt (JAHN et al., 2005; FULPONI, 2006, und EUROPEAN COMMUNITIES, 2006), trotzdem ist es auch nach dem Aufbau dieser Standards weiterhin zu Fleischskandalen (nach DITTBERNER, 2007, über 23 Skandale) gekommen, z. B. umetikettiertes SB-Fleisch in Real-Supermärkten im März 2005, der Schlachtabfallskandal im Oktober 2005, der Kühlhauskandal im November 2005, der Wildfleischskandal im Januar 2006 und zuletzt der Skandal um gemielte Schweineköpfe im niedersächsischen Lohne (Januar 2008). Diese Fälle haben erneut eine Diskussion um die Zuverlässigkeit von Lebensmittelkontrollen ausgelöst und verdeutlichen damit die Aktualität und Brisanz des Themas Qualitätssicherung in der Fleischwirtschaft.

Dabei wird zunehmend ein Spannungsfeld zwischen privaten und staatlichen Lebensmittelkontrollen sichtbar. Denn während nach der BSE-Krise die Lösung des Problems (wie oben schon aufgezeigt) vor allem in privaten Qualitätssicherungssystemen gesucht wurde, zielte das Maßnahmenpaket der Bundesregierung im Rahmen der „Gammelfleischskandale“ vor allem auf einen Ausbau der staatlichen Kontrollen (vgl. BMELV, 2005). Es ist somit nicht eindeutig, ob die Wirtschaft oder der Staat die Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit übernehmen sollte. Letztlich ist es jedoch eine traditionelle Erfahrung der betriebswirtschaftlichen Organisationsforschung, dass geteilte Verantwortung zu fehlenden Verantwortlichkeiten führt (BRONNER, 1992). Wenn also nicht erkennbar ist, ob die primäre Verantwortung für Lebensmittelsicherheit beim Staat oder bei den Unternehmen liegt, tendiert das System insgesamt zu einem geringeren Sicherheitsniveau. Darüber hinaus wies die Europäische Kommission schon im Jahre 2002 in den Erwägungsgründen Nr. 30 der Lebensmittelbasis-Verordnung Nr. 178/2002 (EG, 2002: 7) darauf hin, dass Diskrepanzen zwischen behördlicher Kontrolle und dem Grundsatz der unternehmerischen Verantwortung in den einzelnen Mitgliedstaaten Handelshemmnisse schaffen

können und den Wettbewerb zwischen Lebensmittelunternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

Inwieweit die Medienöffentlichkeit im Zuge der „Gammelfleischskandale“ dem Staat oder der Wirtschaft die Primärverantwortung für die Sicherheit von Lebensmitteln zuschreibt, soll im Folgenden untersucht werden. Diese Fragestellung ist von großer Relevanz, da die Berichterstattung der Massenmedien Einfluss auf die politische Agenda hat. Die empirischen Ergebnisse der Medienanalyse können somit Hinweise für die politische Diskussion der zukünftigen Organisation der Lebensmittelsicherheit geben. Dazu wird zunächst im folgenden Kapitel der theoretische Rahmen der Medienanalyse vorgestellt.

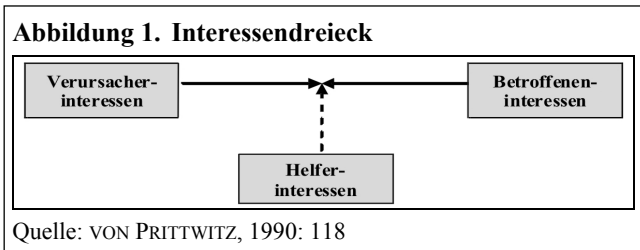
3. Theoretischer Bezugsrahmen: Beziehungen zwischen Medien und politischem Handeln

Bei der zeitgenössischen Öffentlichkeit handelt es sich vor allem um eine „Medienöffentlichkeit“ (GERHARDS et al., 1998: 38). Die politische Öffentlichkeit lässt sich dabei als ein Geflecht von Arenen verstehen, in denen Sprecher mit dem Ziel, ihre jeweiligen Deutungsmuster durchzusetzen, um Aufmerksamkeit konkurrieren. In medienwissenschaftlichen Theorien wird der Einfluss der Medien auf politische Eliten durch den Ansatz des Policy Agenda-Setting erklärt (LINSKY, 1986, und ROGERS et al., 1991). Demnach wird die Agenda der politischen Entscheidungsträger durch Themen beeinflusst, die in der Medienöffentlichkeit von großer Bedeutung sind.

Die Medien sind jedoch keine frei zugängliche Öffentlichkeit, sondern ein Akteur mit eigenen Interessen. Sie stehen als Gatekeeper zwischen den Informationen und den veröffentlichten Nachrichten. Medienspezifische Faktoren sind ausschlaggebend für die Auswahl von Nachrichten. Zu den Faktoren, die auf die Veröffentlichungschance Einfluss nehmen, gehören die politische Verankerung des Mediums (GERHARDS et al., 1998: 43), bestimmte Aufmerksamkeitsfaktoren, die den Nachrichtenwert einer Information erhöhen (STAAB, 1989), aber auch der Input an (möglichen) Nachrichten (GERHARDS et al., 1998: 42). Das Wissen um die Deutungsmacht der Medien führt zu einer Konkurrenz der politischen Akteure, die in der Sprecherfunktion auftreten wollen, um die eigenen Deutungsmuster darzustellen. Zu diesem Zweck orientieren sich die Akteure an den Regeln der Medien. Jedoch haben nicht alle Akteure in gleichem Maße die Möglichkeit, mediengerechten Input zu gestalten. Diese Fähigkeit ist abhängig von Status, Ressourcen und spezifischen Kenntnissen. Weiterhin ist die Beteiligungsmöglichkeit am öffentlich-medialen Diskurs abhängig von der Brisanz des veröffentlichten Themas. Zum Zeitpunkt hoher Aktualität und Brisanz (z. B. im Krisenfall) steigt der Grad des investigativen Journalismus. Damit ist eine von Presseinformationen unabhängige Berichterstattung zu erwarten. Dennoch bedürfen die Medien auch in Krisenzeiten der Informationen durch andere Akteure. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Akteure sich in der Medienöffentlichkeit durchsetzen können und in der Rolle des Sprechers auftreten.

Medienöffentlichkeit wird jedoch nicht nur durch die Instrumentalisierungsversuche der gesellschaftlichen Akteure, sondern auch durch die eigenwillige Konzentration der

Berichterstattung auf einzelne herausgehobene Interpretationsmuster geprägt. Dieser Sachverhalt wird in der neueren Medienforschung als (Issue-) Framing bezeichnet (DRUCKMAN, 2004, und ENTMAN, 1993). Bei der Bewertung von Sachverhalten werden in vielen Fällen Deutungsmuster (Frames) verwendet, die durch die Verdichtung und Vereinfachung von Strukturen den Interpretationsspielraum der Öffentlichkeit einschränken (CHRISTMANN, 1997: 191, und DOMBROWSKI, 1997: 148f.). Frames weisen darauf hin, welche Aspekte eines Themas wichtig sind und stellen damit ein Muster zur selektiven Wahrnehmung komplexer Themenfelder bereit. Entsprechend erlauben sie es sowohl einzelnen Individuen als auch Organisationen, sich in unübersichtlichen Problemstellungen mit vielfältigen Informationen schnell zurechtzufinden (SNOW et al., 1986: 464). Im Vordergrund stehen Kausalattributionen, d. h. die Zuschreibung von Ursachen, Verursachern, Folgen und möglichen Lösungen (DOMBROWSKI, 1997: 150f.). Ein spezifisches Modell zum Framing ist das ursprünglich aus der Umweltpolitik resultierende Modell des „Interessendreiecks“, bei dem im Rahmen von Problemsituationen drei Interessensfunktionen unterschieden werden können (VON PRITZWITZ, 1990: 116) (vgl. Abbildung 1):



1. Verursacherinteressen sind darauf ausgerichtet, Nutzen aus einer Tätigkeit oder Struktur zu ziehen, durch welche die Interessen Dritter oder Schutzgüter beeinträchtigt oder Ressourcen verschwendet werden. Diese Interessen sind in der Öffentlichkeit in erster Linie mit einem schlechten Image verbunden.
2. Betroffeneninteressen (oder Opferinteressen) zielen darauf ab, schädigende Tätigkeiten und Strukturen möglichst schnell zu beseitigen. Die Wirkung einer Darstellung als Problemopfer ist jedoch ambivalent. Moralischen Vorteilen steht der Eindruck von Machtlosigkeit gegenüber, der leicht zu einer Schwächung der Verhandlungsposition im politischen Prozess führen kann.
3. Helferinteressen bestehen darin, aus der eigenen Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlich definierter Probleme einen Vorteil zu ziehen. Die Darstellung als Helfer oder Problemlöser ist im Allgemeinen nicht nur moralisch vorteilhaft, sondern auch mit der Annahme verbunden, dass man über wertvolle Ressourcen verfügt, die einen politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Tauschwert darstellen.

In vielen Medienberichten zu (umwelt-) politischen Krisen konnte eine Rahmung des Themas anhand dieses Interessendreiecks beobachtet werden, wobei es im Interesse der verschiedenen Akteure liegt, sich selbst eine vorteilhafte Rolle zuzuweisen. Für diesen Beitrag ergibt sich damit die Frage, welchen Akteuren der Sprecher welche Funktionen zuschreibt und ihm damit eine bestimmte Rolle überträgt. Hinsichtlich der Primärverantwortung in der Lebensmittelsicherheit kommt insbesondere der Frage, wem die Helferefunktion überantwortet wird, eine große Bedeutung zu.

4. Forschungsdesign

4.1 Material

Die Grundlage der Untersuchung bilden Artikel aus drei überregionalen deutschen Tageszeitungen (Die Welt, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung), einem überregionalen Wochenmagazin (Der Spiegel) und drei Fachzeitschriften aus der Lebensmittel- bzw. Fleischbranche (Die Lebensmittelzeitung, Allgemeine Fleischerzeitung und Fleischwirtschaft).

Die Welt, Frankfurter Rundschau und die Süddeutsche Zeitung können als „Elitemedien“ (KLEINSCHMIT und FEINDT, 2004: 93) und „Spektrumszeitungen“ (KEPLINGER, 1998: 43) bezeichnet werden. Neben dem üblichen Publikum werden sie auch von anderen Medien und Journalisten wahrgenommen (KEPLINGER, 1994) und strahlen damit auf eine erweiterte Massenmedienarena ab (GERHARDS et al., 1998: 191). Darüber hinaus werden sie von politischen Entscheidungsträgern rezipiert, weshalb ihnen eine zentrale Stellung im politischen Prozess zugesprochen wird (WILKE, 1999: 310ff.; WITTKÄMPER et al., 1992, und HERZOG et al., 1990).

Der Spiegel – das erste deutsche Wochenmagazin – hat eine sehr große Bedeutung in Deutschland. Zwei Drittel aller Journalisten lesen diese Wochenzeitschrift (WILKE, 1999: 318), die sich im Gegensatz zu den Tageszeitungen intensiver mit aktuellen Themen auseinandersetzt. Die Lebensmittelzeitung, Allgemeine Fleischerzeitung und Fleischwirtschaft sind die auflagenstärksten Fachzeitschriften in der Lebensmittel- bzw. Fleischbranche. Sie wurden in die Untersuchung einbezogen, um die spezifische Medienöffentlichkeit der Branche zu analysieren. In Tabelle 1 werden die Charak-

Tabelle 1. Charakterisierung der ausgewählten Zeitungen

Name	Charakteristika	Erscheinungsweise und Verkaufszahlen 2007	Ausgewertete Artikel
Die Welt	Qualitätspresse	täglich, Verbreitung: 695 778 Exemplare	76 Artikel (21,9 %)
Frankfurter Rundschau	Qualitätspresse, 66 % der Verkäufe in Hessen (1997)	täglich, Verbreitung: 167 416 Exemplare	73 Artikel (21,0 %)
Süddeutsche Zeitung	Qualitätspresse, 75 % der Verkäufe in Bayern (1997)	Täglich, Verbreitung: 460 321 Exemplare	52 Artikel (15,0 %)
Der Spiegel	Qualitätspresse	wöchentlich, Verbreitung: 1 083 342 Exemplare	6 Artikel (1,7%)
Lebensmittelzeitung	Fachpresse, Fach- und Wirtschaftszeitung für die Konsumgüterbranche	wöchentlich, Verbreitung: 40 626 Exemplare	49 Artikel (14,1 %)
Allgemeine Fleischerzeitung	Fachpresse, Organ des Deutschen Fleischer-Verbandes	wöchentlich, Verbreitung: 11 545 Exemplare	87 Artikel (25,1 %)
Fleischwirtschaft	Fachpresse, Organ des Bundesverbandes der Deutschen Fleischwarenindustrie	monatlich, Verbreitung: 6 092 Exemplare	4 Artikel (1,2 %)

Quelle: KEPLINGER, 1998: 42- 46; WILKE, 1999: 310- 321, und IVW, 2008

teristika, die Erscheinungsweise und die Verkaufszahlen der für die Untersuchung ausgewählten Zeitungen noch einmal dargestellt.

Die Artikel der Zeitungen sind im Internetarchiv mit Volltextsuche abrufbar. Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum vom 01.04.2005 bis 31.03.2006 in den Zeitungen 394 Artikel veröffentlicht, die mindestens einen der Suchbegriffe Gammelfleisch, Fleischskandal oder Ekelfleisch enthalten. Bei der Analyse wurden jedoch nur jene 347 Artikel berücksichtigt, in denen in mindestens einem Absatz das Thema Gammelfleisch Erwähnung findet. Nach Zeitungen aufgeschlüsselt wurden in der Allgemeinen Fleischzeitung 25,1 %, in der Welt 21,9 %, in der Frankfurter Rundschau 21,0 %, in der Süddeutschen Zeitung 15,0 %, in der Lebensmittelzeitung 14,1 %, im Spiegel 1,7 % und in der Fleischwirtschaft 1,2 % aller Artikel veröffentlicht. Somit stammen 59,7 % der Publikationen aus überregionalen Printmedien und 40,3 % aus branchenspezifischen Fachzeitschriften.

4.2 Methode

In dieser Arbeit kommt eine quantitative Inhaltsanalyse zum Einsatz, da diese verlässliche und quantifizierende Aussagen über große Textmengen, die für die Massenmedien typisch sind, erlaubt (BONFADELLI, 2002: 53). Neben formalen Kategorien (z. B. Erscheinungsdatum und Autor) wird ein Kategoriensystem zugrunde gelegt, das in verschiedene Kategoriengruppen¹ unterteilt ist. Aus dem theoretischen Rahmen (siehe Kapitel 3) wurden die Kategorien „Sprecher“, sowie auf Grund des politischen Interessendreiecks „Verursacher“, „Betroffene“ und „Helfer“ entwickelt. Die möglichen Merkmalsausprägungen dieser Kategorien sind sektoral unterteilt, so dass je Interessensposition verschiedene Merkmalsausprägungen vorgegeben sind. Die sektorale Unterteilung ermöglicht eine Trennung von Akteuren aus dem politisch-administrativen System (wie z. B. nationale Regierungen und Verwaltungen) und von privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren (wie z. B. verschiedene Verbände, Wirtschafts- und Einzelakteure). Weiterhin enthält das Kategoriensystem die Kategorie „Instrumente der Problemlösung“. Diese Kategorie umfasst Variablen, die die Bandbreite der vorgeschlagenen Instrumente zur Sicherung der Lebensmittelqualität widerspiegelt. Die Variablen dieser Kategorie wurden explorativ erfasst und theoretisch abgesichert (siehe Kapitel 2).

Analyseeinheit für die Kategorisierung ist die propositionale Einheit der Aussage. Dabei handelt es sich um einzelne, im Artikeltext als codierrelevant identifizierbare, verbale Äußerungen von Akteuren, die im Artikel zu Wort kommen (GERHARDS et al., 1998: 47). Damit können in einem Artikel mehrere Aussagen codiert werden. Codierrelevant sind alle Aussagen, die sich auf „Gammelfleischskandal“ beziehen. Der Akteur, der die Aussagen trifft, kann sowohl in direkter als auch in indirekter Rede zu Wort kommen. Zu beachten ist bei dieser Analyseeinheit, dass auch die Medien selbst als Sprecher auftreten können.

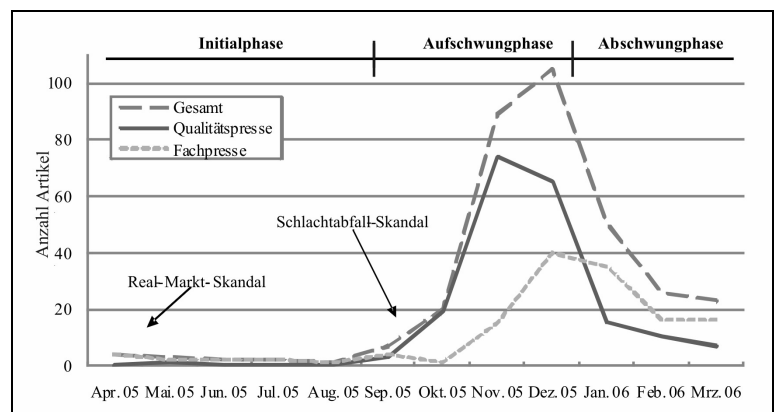
¹ Nähere Hinweise auf das Kategorienschema finden sich auf der Homepage des Lehrstuhls für Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte, <http://www.agrarmarketing.uni-goettingen.de>.

5. Ergebnisse der Inhaltsanalyse

5.1 Formale Merkmale der Berichterstattung

Die Themenkarriere der „Gammelfleischskandale“ folgt in ihrem Spannungsbogen dem idealtypischen Verlauf (siehe Abbildung 2) einer Themenkarriere (RUB-MOHL, 1981: 73f.). Die Initialphase bilden die Fälle von umetikettiertem Fleisch in verschiedenen Real-Supermärkten Anfang April 2005. Mit dem Bekanntwerden der Verarbeitung von Schlachtabfällen im September desselben Jahres tritt das Thema Gammelfleisch in die Aufschwungphase ein. In dieser Zeit wird die Berichterstattung zum politischen Topthema, welches andere Themen in ihrer Bedeutung zurückstufte. Darüber hinaus kommt es in dieser Periode einer Themenkarriere häufig zu einer Dramatisierung der Darstellung.

Abbildung 2. Themenkarriere des „Gammelfleischskandals“



Quelle: eigene Erhebung

Im Januar 2006 halbiert sich das Medieninteresse dann um fast 50 %. Die Massenmedien haben das Interesse am Fleischskandal verloren (Abschwungphase), und neu auftretende Ereignisse schaffen es kaum noch in die Berichterstattung. Ein Großteil der in diesem Zeitraum veröffentlichten Artikel beschäftigt sich mit der Lösung des Problems. Die Ursache dafür ist unter anderem darin zu sehen, dass die Fachzeitschriften langsamer auf das tagesaktuelle Geschehen reagieren. Sie sind nicht so stark auf die Aktualität der Berichterstattung angewiesen, da sie vornehmlich von einem Fachpublikum rezipiert werden, das auch auf längere Sicht Interesse an den jeweiligen Themen hat. In diesen Presseorganen ist die Diskussion über die Lösung der Probleme häufig Teil der Berichterstattung.

5.2 Sprecher, Opfer und Verursacher

Der Sprecher hat die Möglichkeit, das Thema mit seinen Deutungsmustern zu rahmen. Dieses framing beinhaltet häufig die Zuschreibung von Opfer-, Täter- und Helferrollen zu bestimmten Akteuren. Durch die Deutungshoheit hat der Sprecher die Möglichkeit, die öffentliche Debatte in seinem Sinne zu prägen.

In den sieben untersuchten Zeitungen wurden insgesamt 740 Aussagen zum Skandal getroffen. Dabei entfallen 45,2 % der Aussagen auf politisch-administrative Akteure, 31,3 % auf private und wirtschaftliche Akteure wie Verbände, Unternehmen und Einzelpersonen und 23,5 % auf die Medien (Journalisten) direkt (vgl. Tabelle 2). In 25,8 % aller Fälle äußern sich die Bundesregierung bzw. Landesregie-

Tabelle 2. Häufigkeit von Sprechern

Akteur	Medium				insgesamt	
	Qualitäts- presse		Fach- presse			
	n	%	n	%	n	%
Politik	248	53,1	87	31,8	335	45,2
Bundesregierung	68	14,6	30	10,9	98	13,2
Landesregierung	72	15,4	21	7,7	93	12,6
Opposition	36	7,7	6	2,2	42	5,7
andere	72	15,4	30	10,9	102	13,8
Journalisten	111	23,8	56	20,4	174	23,5
eigene Journalisten	95	20,3	50	18,2	145	19,6
zitierte Journalisten	16	3,4	6	2,2	22	3,0
Fleischbranche	38	8,1	77	28,1	115	15,5
Verbände	9	1,9	40	14,6	49	6,6
Fleischindustrie	24	5,1	24	8,8	48	6,5
andere	5	1,1	13	4,7	18	2,4
Verbraucherverbände	22	4,7	9	3,3	31	4,2
Fachleute, Wissenschaftler	2	0,4	4	1,5	6	0,8
sonstige	46	9,9	41	15,0	79	10,7
gesamt	467	100	274	100	740	100

Quelle: eigene Erhebung

rungen zu dem Thema, zu denen Minister, Staatssekretäre auf beiden Ebenen und der Bundesrat zählen. Ein Viertel des Gesamtdiskurses und mehr als die Hälfte der Beteiligungen aus dem politisch-administrativen Bereich wird von den Spitzen der Exekutive bestimmt, während die anderen politischen Akteure (wie z. B. die Opposition, die EU-Organe und die Verwaltungen) eine untergeordnete Rolle spielen.

Am zweitstärksten sind die eigenen Journalisten der Zeitungen mit 19,6 % als Problemdefinierer vertreten. Sehr selten (3,0 %) werden Journalisten aus anderen Zeitungen zitiert. Die bedeutende Rolle der Journalisten resultiert nicht nur aus der Darstellung in Kommentaren und Reportagen, sondern auch aus Überleitungen zwischen einzelnen Textpassagen und abschließenden Aussagen. Der hohe Anteil der Journalisten als Sprecher deckt sich mit den Ergebnissen anderer Medienanalysen (KLEINSCHMIT und FEINDT, 2004, und KLEINSCHMIT et al., 2007).

Von allen weiteren Gruppen, die sich zu Wort melden, entfallen 6,6 % auf Verbände der Fleischbranche und 6,5 % auf Unternehmen der Fleischwirtschaft, wie z. B. Fleischverarbeiter oder Fleischerfachhandel. Insgesamt beteiligt sich die Fleischbranche mit 15,5 % intensiv am Diskurs der nicht-politischen Akteure. Dieser Anteil begründet sich aber vor allem aus der Fachpresse, die der Fleischbranche mit 28,1 % die Rolle des Sprechers zukommen lässt. Verbraucherverbände, Wissenschaftler und Fach-

leute beteiligten sich dagegen kaum am Diskurs (5,0 %). Dabei äußern sich in der Qualitätspresse eher die Verbraucherverbände und in der Fachpresse mehr Wissenschaftler und Fachleute zur Problematik.

Insgesamt dominieren Sprecher der Politik und Journalisten die Berichterstattung. Besonders die Spitzen der Exekutive können ihre Positionen nutzen, um ihre Problemdefinitionen und eventuelle Lösungsansätze darzustellen. Dagegen bezieht die direkt betroffene Fleischbranche eher in der Fachpresse Stellung. Die Qualitätspresse bietet vor allem der Politik eine Plattform, um das Problem zu definieren, während die Fachpresse eher private und wirtschaftliche Akteure in den Diskurs mit einbezieht.

In der Regel führen Ereignisse wie Skandale oder politische Probleme nur dann zu einer Mobilisierung der Öffentlichkeit, wenn diese mit den genannten Opfern sympathisiert oder sich mit dem Opfer identifizieren kann (KLEINSCHMIT und FEINDT, 2004: 96). Die Rolle des Opfers ist für diesen Diskurs jedoch von untergeordneter Bedeutung bzw. so offensichtlich, dass in 63,3 % aller Aussagen (450) kein Opfer genannt wird, da zu einem überwiegenden Teil die Konsumenten bzw. die Gesellschaft (48,3 %) selbst als Opfer gesehen wird (vgl. Tabelle 3).

Die Medien stellen in fast der Hälfte der Fälle, in denen Opfer benannt werden, Verbraucher als solche dar, um eine Identifikation des Publikums zu erreichen (ebenda: 96). Dies wird auch über alle Sprechergruppen relativ gleich thematisiert.

In den Fachmedien (33,0 %) werden die Verbraucher als Opfer sehr viel seltener benannt als in der Qualitätspresse (59,3 %). Die Fachpresse fokussiert genau wie die Qualitätspresse auf ihr eigenes Publikum als Opfer, das allerdings in diesem Fall aus der Ernährungs- und Fleischwirtschaft (40,2 %) stammt.

Die beiden größten Sprechergruppen der Regierung und der Journalisten unterscheiden sich jedoch auch in ihren Opfernennungen.² Auffällig ist, dass die Journalisten im Gegensatz zu anderen Gruppen, besonders zur Regierung (1,9 %), den LEH (Lebensmitteleinzelhandel) mit 11,3 % als Opfer benennen. Die Bundes- und Landesregierungen bezeichnen

Tabelle 3. Nennung der Problemopfer

Problemopfer	Sprecher						Medium				insgesamt	
	Regierung		Journalisten		sonstige		Qualitäts- presse		Fach- presse			
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Verbraucher	24	44,4	25	47,2	63	50,4	80	59,3	32	33,0	112	48,3
Fleischwirtschaft	12	22,2	12	22,6	36	28,8	21	15,6	39	40,2	60	25,9
LEH	1	1,9	6	11,3	8	6,4	4	3,0	11	11,3	15	6,5
kriminelle Unternehmer	4	7,4	0	0,0	4	3,2	8	5,9	0	0,0	8	3,4
Verbände												
Verbraucher	1	1,9	1	1,9	2	1,6	3	2,2	4	4,1	7	3,0
Exekutive	9	16,7	0	0,0	0	0,0	3	2,2	6	6,2	9	3,9
Landwirtschaft	2	3,7	2	3,8	3	2,4	3	2,2	1	1,0	4	1,7
sonstige	0	1,9	7	13,2	9	7,2	13	9,6	4	4,1	17	7,3

Quelle: eigene Erhebung

² Zur Übersichtlichkeit wird im Weiteren nur explizit auf die Sprechergruppen der Regierung und Journalisten eingegangen. Alle weiteren wie die Fleischwirtschaft finden sich in der Rubrik sonstige.

dagegen überproportional oft die Exekutive (16,7 %) als Opfer, die durch sie im öffentlichen Diskurs repräsentiert wird. Die sonstigen Sprecher des wirtschaftlichen und privaten Bereichs sehen dagegen überproportional stark die Fleischwirtschaft als Opfer.

Den Verbrauchern als Wählerschaft und Lesern der Qualitätspresse kommt somit die größte Bedeutung als Opfer der „Gammelfleischskandale“ zu, obwohl die Sprecher wie auch die Medien in gewisser Weise interessensspezifische Gewichtungen in ihren Nennungen haben.

Eine Medienmobilisierung ist wahrscheinlich, wenn es gelingt, dem Verursacher schuldhaftes Handeln oder Absicht nachzuweisen (BODENSTEIN und SPILLER, 1998: 66). Diese Voraussetzungen waren zuerst durch den Nachweis von größeren Mengen Gammelfleisch und später durch die Ermittlung der Schuldigen durch die Behörden gegeben. Im Rahmen der „Gammelfleischskandale“ wird nur in 37,7 % aller Fälle kein Verursacher genannt und somit das Thema der Schuld stärker in der Berichterstattung thematisiert, als das des Opfers (63,3 % Nichtnennung).

Insgesamt wird in den 740 Fällen 541 Mal ein Verursacher erwähnt, wobei die Schuld in erster Linie mit 37,5 % der Nennung bei der Fleischbranche im Allgemeinen und den kriminellen Unternehmern gesucht wird (vgl. Tabelle 4). Hierbei unterscheiden sich die Fach- (21,8 %) und die Qualitätsmedien (19,2 %) kaum. Dadurch wird deutlich, dass die Fachpresse zwar der Fleischbranche mehr Raum als Problemdefinierer bietet und sie eher als Opfer darstellt, aber auch in der Fachpresse wird sie als Verursacher in die Pflicht genommen. Die Kategorie „Fleischbranche allgemein“ steht dabei vor konkreten, individuellen Verursachern der Fleischbranche und zeigt, dass es den Sprechern anscheinend schwer fällt, die Verursacher genauer zu differenzieren. Gerade die Regierung benennt mit 28,4 % zu einem hohen Anteil allgemeine Schuldige und sieht auch generell die Akteure der Fleischbranche überdurchschnittlich stark als Verursacher an.

Der Staat bzw. seine ausführenden Organe der Exekutive werden mit 15,3 % ebenfalls als Schuldige angesehen, was vor allem von den sonstigen Sprechern des privaten und wirtschaftlichen Bereiches gestützt (24,0 %) und größtenteils in der Qualitätspresse abgedruckt wird. Die verschiedenen Gruppen des Fleischbereichs (Fleischhandel, Kühlhäuser, Verarbeiter) werden einzeln zwar nicht sehr häufig als Verursacher benannt, aber in der Summe bilden sie mit dem LEH zusammen die größte Gruppe (33,6 %). Auch

dem Verbraucher wird von einigen Problemdefinierern eine Schuld zugewiesen, wobei diese Position vor allem in der Fachpresse veröffentlicht wird, während sie von der Regierung und in der Qualitätspresse kaum thematisiert wird.

Der „Gammelfleischskandal“ wird somit von einem Großteil der Sprecher als Problem der Fleischbranche und ihrer Kettenglieder gesehen, wobei sich auch hier interessensspezifische Unterschiede zeigen.

5.3 Problemhelfer und Instrumente der Problemlösung

Im letzten Kapitel wurden die verschiedenen Sprecher und die von ihnen benannten Problemopfer und –verursacher dargestellt. Im Gegensatz dazu bietet die Rolle des Problemhelfers Vorteile, da diesen politische Gestaltungsmacht und ausreichende Ressourcen unterstellt werden, was gleichzeitig moralisch vorteilhaft ist (vgl. Kapitel 3).

In 72,7 % aller Fälle wird ein Problemlöser genannt. Damit finden die Problemlöser häufiger Benennung als die Opfer und Täter. Das zeigt die dringende Forderung der Medien nach einer kompetenten Akteursgruppe, die sich des Problems annimmt. An erster Stelle steht mit insgesamt 43,9 % die Regierung, v. a. die Bundesregierung (vgl. Tabelle 5), die in 17,7 % der Fälle als Problemlöser benannt wird. Aber auch andere staatliche Organe wie Lebensmittelkontrolleure (9,3 %) oder die Judikative (6,8 %) werden als Helfer benannt, um zukünftig den Handel mit Gammelfleisch zu verhindern.

Die einzige nicht-staatliche Gruppe, die vielfach benannt wird, ist der Fleischerfachhandel, wie Metzger, Fleischerfachgeschäfte oder Landschlachter (7,4 %). Er wird jedoch fast ausschließlich von den sonstigen Sprechern in der Helferfunktion gesehen. Dagegen wird den Akteuren, die als Opfer oder als Verursacher benannt wurden, selten die Rolle des Problemlösers (Verbraucher 1,7 % und Fleischwirtschaft 5,7 %) zugewiesen. An letzter Stelle stehen die Akteure aus der privaten Wirtschaft mit ihren Qualitätssicherungssystemen (z. B. QS Qualität und Sicherheit oder GLOBALGAP). In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Systeme allerdings kaum als Problemlösungsinstrumente wahrgenommen.

Die Konstellation der Problemhelfer wird dadurch geprägt, dass die Akteure sich zu unterschiedlich hohen Anteilen selber als Helfer benennen. Der Fleischerfachhandel sieht sich selbst besonders in der Verantwortung, das Problem in

Tabelle 4. Nennung der Problemverursacher

Problemverursacher	Sprecher						Medium				insgesamt	
	Regierung		Journalisten		sonstige		Qualitätspresse		Fachpresse			
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Fleischbranche allgemein	38	28,4	27	18,8	41	15,6	66	19,2	43	21,8	106	19,6
kriminelle Unternehmer	16	11,9	18	12,5	43	16,3	54	15,7	15	7,6	97	17,9
Exekutive	22	16,4	18	12,5	63	24,0	62	18,0	6	3,0	83	15,3
Fleischhandel	16	11,9	21	14,6	23	8,7	45	13,1	14	7,1	60	11,1
LEH	4	3,0	17	11,8	7	2,7	22	6,4	12	6,1	53	9,8
Fleischverarbeiter	11	8,2	17	11,8	11	4,2	33	9,6	40	20,3	39	7,2
Verbraucher	2	1,5	7	4,9	7	2,7	17	4,9	21	10,7	31	5,7
Fleischkühlhäuser	11	8,2	12	8,3	32	12,2	18	5,2	31	15,7	30	5,5
Politik sonstige	11	8,2	3	2,1	14	5,3	18	5,2	3	1,5	21	3,9
sonstige	3	2,2	4	2,8	22	8,4	9	2,6	12	6,1	21	3,9

Quelle: eigene Erhebung

Tabelle 5. Nennung der Problemlöser

Problemlöser	Sprecher						Medium				insgesamt	
	Regierung		Journalisten		sonstige		Qualitätspresse		Fachpresse			
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Bundesregierung	44	26,2	25	18,0	24	11,0	60	19,1	33	15,7	93	17,7
Exekutive sonstige	33	19,6	20	14,4	32	14,6	63	20,1	22	10,5	85	16,2
Landesregierung	36	21,4	15	10,8	2	0,9	39	12,4	14	6,7	53	10,1
Kontrolleure/Polizisten	15	8,9	16	11,5	18	8,2	34	10,8	15	7,1	49	9,3
Politik sonstige	8	4,8	9	6,5	25	11,4	26	8,3	16	7,6	42	8,0
Fleischerfachhandel	0	0,0	4	2,9	35	16,0	12	3,8	27	12,9	39	7,4
Judikative	9	5,4	13	9,4	14	6,4	25	8,0	11	5,2	36	6,8
Verbände	4	2,4	10	7,2	21	9,6	18	5,7	17	8,1	35	6,7
Fleischwirtschaft	9	5,4	3	2,2	18	8,2	8	2,5	22	10,5	30	5,7
LEH	0	0,0	7	5,0	10	4,6	6	1,9	11	5,2	17	3,2
Verbraucher	1	0,6	3	2,2	5	2,3	7	2,2	2	1,0	9	1,7
private Qualitätssicherungssysteme	0	0,0	3	2,2	3	1,4	2	0,6	4	1,9	6	1,1
sonstige	9	5,4	11	7,9	12	5,5	14	4,5	16	7,6	32	6,1

Quelle: eigene Erhebung

die Hand zu nehmen, da von 15 Nennungen als Helfer 73,3 % vom Fachhandel selbst gemacht wurden (vgl. Tabelle 6).

Die Bundesregierung, die ebenso häufig Helfer benennt, wie sie selbst als Helfer genannt wird, kommt auf eine Eigennennungsquote von 43,0 %. Weiterhin haben die Verwaltung und die Judikative einen hohen Grad an Selbstnennungen (vgl. Tabelle 6). Zwischen den unterschiedlichen Verbänden bestehen starke Abweichungen in der Nutzung ihrer Sprecherfunktion. Die Verbraucherverbände sehen sich selbst sehr häufig als Problemlöser, während die Verbände der Fleischbranche ihre mögliche Problemlösungsrolle kaum betonen, was auf eine schwache institutionelle Position hindeutet.

Zusammenfassend fällt auf, dass die Hauptproblemlöser sich oft selbst nennen und sich Kompetenzen in der Gammelfleischaffäre beimessen. Sie nutzen ihre Deutungshoheit und schreiben sich selbst Problemlösungskompetenz zu.

In 79,8 % der Fälle wird ein Instrument zur Problemlösung angeboten, was zeigt, dass die Sprecher es als sehr wichtig ansehen, ihre Rolle zu nutzen, um die zu diskutierenden Lösungen zu beeinflussen. Die meistgenannte konkrete Maßnahme ist, die Kontrollen zu verbessern und zu intensivieren, worin sich sowohl die Sprechergruppen als auch die veröffentlichenden Medien einig sind (vgl. Tabelle 7). Wei-

terhin soll über ein neues VIG (Verbraucherinformationsgesetz) die Möglichkeit geschaffen werden, Verbraucherinteressen gegenüber Firmeninteressen aufzuwerten, wobei dies besonders von der Qualitätspresse publiziert wird. Diese Anforderungen werden auch durch die Forderung nach einer Verbesserung des Informationsflusses und neuen Regelungen zum Umgang mit Schlachtabfällen gestützt. Gerade beim Umgang mit Schlachtabfällen sieht die Regierung Möglichkeiten zur Lösung des Problems (12,5 %). Ein weiteres Mittel zur Problemlösung ist, Schuldige durch Erhöhung des Strafmaßes abzuschrecken. All diese Maßnahmen sind konkrete staatliche Instrumente, die jedoch teilweise sehr allgemein gefasst sind (z. B. werden einfach nur stärkere Kontrollen gefordert). Insgesamt stützt gerade die Regierung Problemlösungsvorschläge im staatlichen Aufgabengebiet, 78,3 % der Vorschläge entfallen in diesen Bereich, während die Gruppe der sonstigen Akteure nur zu 58,8 % Problemlösungen aus dem staatlichen Aufgabengebiet benennt. Die Fachpresse publiziert im Verhältnis zur Qualitätspresse weniger staatliche Problemlösungen, sondern fokussiert vermehrt auf Lösungen, die aus der Wirtschaft kommen.

Problemlösungen, die von der Wirtschaft getragen werden, haben insgesamt jedoch einen geringeren Anteil an den Lösungen als die staatlichen. Die Wirtschaft soll vor allem durch eine verbesserte Eigenkontrolle mehr Verantwortung übernehmen. Dies wird besonders von der Gruppe der sonstigen Sprecher benannt, die anteilig stark durch die Fleischwirtschaft geprägt ist.

Die Sprecher sehen es weiterhin als wichtig an, dass die Verbraucher ihr Qualitätsbewusstsein erhöhen, um der Fleischwirtschaft Anreize zur Qualitätsproduktion zu bieten. Die Regierung beschränkt sich in ihren Aussagen vornehmlich auf ihr eigenes Aufgabenfeld.

Die einzelnen Hauptgruppen Politik, Verbände der Fleischbranche, Fleischbranche und Verbraucherverbände sehen unterschiedliche Lösungsansätze als geeignet an:

Tabelle 6. Selbstnennung als Helfer

Sprecher	Gesamte Nennung	Eigen-nennungen	Eigennennung/Gesamtnennungen
Fleischerfachhandel	15	11	73,3%
Verwaltung Land u. Kommunal	14	9	64,3%
LEH	13	7	53,8%
Judikative	19	9	47,4%
Verbände Verbraucher	11	5	45,5%
Bundesregierung	93	40	43,0%
Opposition auf Bundesebene	10	4	40,0%
Landes- u. Kommunalregierung	80	28	35,0%
Opposition auf Landesebene	11	3	27,3%
andere Verbände	27	6	22,2%
Fleischverbände	43	8	18,6%
Veterinäre	6	1	16,7%

Quelle: eigene Erhebung

Tabelle 7. Instrumente der Problemlösung

Instrumente der Problemlösung	Sprecher						Medium				insgesamt		
	Regierung		Journalisten		sonstige		Qualitätspresse		Fachpresse				
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
Staat	staatliche Kontrollen intensivieren/verbessern	53	17,5	25	16,6	46	13,1	73	15,2	51	15,7	124	15,4
	neues Verbraucherinformationsgesetz	48	15,8	21	13,9	51	14,5	87	18,1	33	10,2	120	14,9
	Strafmaß erhöhen	43	14,2	23	15,2	33	9,4	70	14,6	29	9,0	99	12,3
	Verbesserung des Informationsflusses	35	11,6	15	9,9	25	7,1	40	8,4	35	10,9	75	9,3
	neue Regelungen zum Umgang mit Schlachtabfällen	38	12,5	12	7,9	13	3,7	36	7,5	27	8,3	63	7,8
	länderübergreifende Qualitätssicherung und Risikobewertung	5	1,7	5	3,3	20	5,7	15	3,1	15	4,6	30	3,7
	gesetzliches Verbot von Preisdumping	9	3,0	2	1,3	4	1,1	5	1,0	10	3,1	15	1,9
	Schwerpunktermittlungsbehörden	6	2,0	2	1,3	5	1,4	9	1,9	4	1,2	13	1,6
	EU-weite Normierung	0	0,0	0	0,0	10	2,8	6	1,2	1	1,2	10	1,2
	SUMME	237	78,3	105	69,4	207	58,8	341	71,0	205	64,2	549	68,1
Wirtschaft	Verbesserung der Eigenkontrolle der Wirtschaft	22	7,3	10	6,6	39	11,1	26	5,4	45	13,9	71	8,8
	Ethikbewusstsein der Unternehmen erhöhen	2	0,7	3	2,0	5	1,4	5	1,0	5	1,5	10	1,2
	SUMME	24	8,0	13	8,6	44	12,5	31	6,4	50	15,4	81	10,0
Sonstige	Qualitätsbewusstsein der Verbraucher erhöhen	3	1,0	13	8,6	71	20,2	39	8,1	48	14,8	87	10,8
	kurzfristige Gefahrenabwehr	24	7,9	16	10,6	27	7,7	55	11,4	12	3,7	67	8,3
	Rückverfolgbarkeit verbessern	14	4,6	2	1,3	2	0,6	12	2,5	6	1,9	18	2,2
	technische Lösungen verbessern	1	0,3	2	1,3	0	0,0	3	0,6	0	0,0	3	0,4
	SUMME	42	13,8	33	21,8	100	28,5	109	22,6	66	20,4	175	21,7

Quelle: eigene Erhebung

1. Politik: staatliche Lebensmittelkontrolle, kurzfristige Gefahrenabwehr, VIG;
2. Verbände der Fleischbranche: staatliche Lebensmittelkontrollen, Verbraucherverhalten, Eigenkontrollverpflichtung;
3. Fleischunternehmen: Qualität statt Quantität beim Kauf, Verbraucherverhalten, Transparenz für den Verbraucher erhöhen, Qualitätsbewusstsein der Verbraucher erhöhen, Entziehung der Gewerbeerlaubnis;
4. Verbraucherverbände: VIG, Bußgelder, staatl. Lebensmittelkontrolle.

Fast alle Gruppen fordern eine verbesserte und strengere staatliche Lebensmittelkontrolle. Nur die Unternehmen der Fleischbranche, dazu gehören Akteure wie Schlachter, Verarbeiter und Händler, sehen die Lösung in der Veränderung des Verbraucherverhaltens. Erst an fünfter Stelle kommt eine Entziehung der Gewerbeerlaubnis in Frage.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Verbesserung der Kontrollen und mehr Markttransparenz gefordert werden. In der Hauptverantwortung stehen eindeutig die Bundes- und die Landesregierungen, nicht aber die Fleischbranche. Im Rahmen des anschließenden Kapitels werden die vorgestellten Ergebnisse noch einmal umfassend diskutiert.

6. Diskussion

Politische Entscheidungsträger nutzen die Medienberichterstattung als Barometer für den Willen der Bevölkerung (GERHARDS, 1995: 151). Lösungen, die öffentlich diskutiert werden und auf Zustimmung stoßen, haben somit bessere Chancen im politischen Gestaltungsprozess als nicht diskutierte Varianten.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Medienanalyse für die „Gammelfleischskandale“ 2005/06 ist, dass die Politik bzw. Regierungsvertreter den Mediendiskurs als Sprecher dominieren. In der für die veröffentlichte Meinung besonders wichtigen Qualitätspresse sind sie mit 30 % der Sprechakte in der Lage, ihre Deutungsmuster darzustellen. Diese Möglichkeit nutzen sie, um die Opferrolle der Exekutive zu betonen und sich selbst mit fast 50 % doppelt so oft als Helfer ins Spiel zu bringen, als dies bei anderen Sprechern der Fall ist. Außerdem fokussieren sie stärker als andere Akteursgruppen (78,3 % zu 68,1 %) auf staatliche Lösungsvorschläge. Die Politik bzw. die Regierungsvertreter sind somit in der Lage, ihren hohen Anteil am Diskurs dazu zu nutzen, sich selbst positiv darzustellen und die positiven Aspekte der Helfer- aber auch der Opferposition für sich in Anspruch zu nehmen. Die Politik baut damit ein Bild auf, in dem sie die Kompetenz zur Problemlösung hat, sowohl

als Akteur als auch mit dem entsprechenden Instrumentarium.

Diese Darstellung lässt zwei Interpretationen zu: Zum einen nutzen die politischen Entscheidungsträger ihre Deutungsmacht, um sich in einem positiven Licht darzustellen. Dieses ist ein übliches Vorgehen aus Sicht der Öffentlichkeitsarbeit. Die Wähler sollen damit positiv für die Regierung eingenommen werden. Zum anderen kann die Betonung der staatlichen Lösungen und Lösungsinstrumente auch ein Zeichen für den Machterhalt in Abgrenzung zu anderen, privatwirtschaftlichen Lösungen in diesem Bereich sein. Eindeutig ist in jedem Fall, dass die Situation als dominierender Sprecher der politischen Entscheidungsträger in die Lage versetzt, ihre Deutungen einem Massenpublikum darzulegen. In Anlehnung an die Inputhypothese ist dabei zu erwarten, dass die Akteure der Politik diese gute Position sowohl ihrem Status als Regierende als auch vorhandenen Ressourcen zu verdanken haben. Andere Akteure haben dagegen wenige Chancen ihre möglicherweise abweichenden Lösungsvorschläge mit Nachdruck zu präsentieren. Davon ausgehend, dass der Mediendiskurs einen Effekt auf politische Entscheidungen hat, kann ein sich selbst verstärkender Prozess entstehen: Die Politik bzw. die Regierungsvertreter vertreten ihre Deutungsmuster in den Medien, diese Darstellungen werden wiederum von der Politik als positive Rückmeldung für Entscheidungen rezipiert. Folgt man den Annahmen der Schweigespirale (NOELLE-NEUMANN, 1980) könnte eine dominante Problemsicht in den Medien sogar dazu führen, dass sich andere Akteure diesem Deutungsmuster aus „Isolationsfurcht“ anschließen.

Den Medien fällt in diesem Diskurs im doppelten Sinne eine Mittlerrolle zu. Einerseits bilden die Medien das Bindeglied zwischen der Öffentlichkeit und den Akteuren und andererseits liegen Nennungen der Journalisten meist im Mittel der Gesamtnennungen. Als Gatekeeper und Multiplikator von Nachrichten haben die Medien eine besondere Bedeutung für die moderne Gesellschaft. Sie versorgen die breite Öffentlichkeit mit Nachrichten und bieten eine Arena für alle gesellschaftlichen Akteure. In einem Punkt zeigt sich jedoch, dass die Medien „kundenorientiert“ berichten. Die Qualitätspresse sieht in fast 60 % der Fälle den Verbraucher als Opfer, während in der Fachpresse in 40 % der Fälle die Fleischwirtschaft benannt wird. Die allgemeine Presse interessiert sich somit kaum für die Folgen in der Fleischbranche (16 %) und die branchenspezifische Presse sieht den Verbraucher nur als zweitrangiges Opfer (33 %). Vergleichbar dazu wird auch über Helfer und Lösungen berichtet, wobei die hohe Bedeutung des Verbrauchers im allgemeinen Diskurs durch die Politik als gewählte Vertretung ersetzt wird. In der Qualitätspresse wird mehr über die Helferrolle der Politik und staatliche Lösungen berichtet als dies in der Fachpresse geschieht.

Der Verbraucher, der auch gleichzeitig Leser und Wähler ist, steht mit allen drei großen Sprechergruppen (Staat, Wirtschaft, Medien) in Beziehung und dadurch in marktlichen oder politischen Austauschverhältnissen. Gleichwohl haben Verbraucher bis auf ihre hohe Bedeutung als Opfer kaum eine Bedeutung für die Struktur des Diskurses. Die Zuschreibung der Opferrolle auf die Verbraucher im Allgemeinen kann im Weiteren dazu führen, dass es zu einer „Entpolitisierung“ des Themas kommt, d. h. dadurch, dass keine konkreten Opfer benannt werden, ist auch der Hand-

lungsdruck gering. Nur am Rande wird ein höheres Qualitätsbewusstsein gefordert, was in Verbindung steht mit den geringen Benennungen als Verursacher. Die Verbraucherverbände schaffen es nur zu einem kleinen Anteil, die Berichterstattung mitzuprägen, wobei sie ähnlich wie andere Akteure die Medien nutzen, um sich selbst als Helfer zu profilieren. Zusammengefasst kann man sagen, dass der Verbraucher als am stärksten betroffen gesehen wird, obwohl er mit seinem „niedrigen“ Qualitätsbewusstsein zum Teil auch als Mitverursacher wahrgenommen wird. Für die Problemlösung macht sich jedoch die durch ihn legitimierte Politik stark, wovon er unter anderem durch die von ihm gelesenen Zeitungen erfährt.

Die in dieser Untersuchung gebildete Gruppierung der privaten Wirtschaft umfasst eigentlich nur wenige Teilsegmente, die direkt zur Fleischwirtschaft bzw. zum LEH gehören. Trotzdem stellt sich die Situation während der Fleischskandale für sie sehr unterschiedlich dar. Unter den ökonomischen Akteuren ist der Fleischereifachhandel der einzige, der positiv aus dem Diskurs hervorgegangen ist. Er wird mit über 7 % der Fälle als Helfer benannt, wobei er sich dabei sehr stark selbst ins Spiel bringt und sich so als Alternative zur negativ behafteten „Fleischindustrie“ präsentiert.

Die Fleischwirtschaft im Allgemeinen sowie deren einzelne Kettenglieder (Schlachtunternehmen, Verarbeiter, Fleischhandel und Kühllhäuser) stehen im Fokus als Schuldige. Dabei berichten sowohl die Fach- als auch die Qualitätspresse ähnlich häufig über die Verursacher aus der Fleischbranche. In den Fachmedien wird die Branche jedoch zusätzlich auch als Opfer der Skandale dargestellt und ihr werden gewisse Kompetenzen als Löser zugeschrieben. Sie ist in der Fachpresse somit nicht nur der Sündenbock für die Gefährdung des Verbrauchers, sondern leidet selbst unter dem Skandal und ist möglicherweise auch in der Lage, über verbesserte Eigenkontrolle den Handel und die Verarbeitung von „Gammel- und Ekelfleisch“ in den Griff zu bekommen. Die Verbände der Fleischwirtschaft, die in Skandalsituationen für ihre Mitglieder Flagge zeigen müssten, um auch in der Qualitätspresse die Situation der Branche darzustellen, treten in diesen Medien nur selten in der Sprecherrolle auf. Aus diesem Grund hat der Diskurs in den beiden Medientypen zu abweichenden Verläufen geführt. Die Verbände der Fleischwirtschaft nutzen weiterhin im Vergleich zu anderen Akteuren kaum die Möglichkeiten, sich selbst als Löser zu nennen und unterstützen nicht die eigenen Qualitätssicherungssysteme (z. B. QS Qualität und Sicherheit), die wohl gerade dadurch als Problemlösungsinstrumente in der öffentlichen Diskussion bedeutungslos sind.

Die Lösung des Problems wird im Diskurs eindeutig der Bundesregierung zugesprochen, aber auch zu einem gewissen Teil den Landesregierungen. Dabei werden hauptsächlich eine stärkere Lebensmittelkontrolle und ein neues VIG gefordert. Diese Forderung wurde von der Politik teilweise schon sehr früh aufgegriffen und umgesetzt. Im November 2005 wurde als Konsequenz aus den Fleischskandalen vom BMELV ein 10-Punkte-Sofortprogramm beschlossen. Zwar beinhalten die Maßnahmen auch eine Eigenkontrollverpflichtung der Wirtschaft, die meisten Punkte beziehen sich jedoch auf eine verbesserte staatliche Lebensmittelkontrolle, z. B. eine stärkere Überprüfung des Fleischhandels, eine bessere Rückverfolgbarkeit von kritischem Material oder eine intensivere Zusammenarbeit der einzelnen Behörden.

Darüber hinaus wurde auch ein höherer Strafrahmen gefordert (vgl. BMELV, 2005). Insgesamt können die vorgeschlagenen Maßnahmen der staatlichen Ordnungspolitik (harten Instrumenten) zugeordnet werden, da sich die Änderungen auf das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch sowie anderer Vorschriften beziehen (vgl. BMELV, 2007 und 2008).

Des Weiteren wurde am 22. September 2006 ein neues VIG verabschiedet. Die zuständigen Stellen sollen nun grundsätzlich verpflichtet sein, bei wichtigen Fällen, wie z. B. Gesundheitsgefahren oder Rechtsverstößen, die Öffentlichkeit unter Nennung des Unternehmens und des Produktnamens zu informieren. Rechtsverstöße dürfen kein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis mehr sein.

Insgesamt ist damit festzuhalten, dass die „Gammelfleischskandale“ zu einem Ausbau der Regelungsdichte in der Lebensmittelwirtschaft geführt haben und dementsprechend der EU-Strategie zur privatwirtschaftlichen Primärverantwortung entgegenwirken. Damit bleibt die strategische Richtung letztlich unklar. Auf der einen Seite setzen die politischen Verantwortlichen – insbesondere auf EU-Ebene – verstärkt auf privatwirtschaftliche Verantwortung (vgl. Kapitel 2). Auf der anderen Seite bleibt der politische Handlungsdruck durch die immer wieder periodisch auftretenden Krisen und das latente Interesse der Medienöffentlichkeit gewahrt, wodurch auch weiterhin die staatliche Verantwortung für Lebensmittelsicherheit sowie die hoheitliche Kontrollfunktion betont wird.

7. Schlussbemerkungen

Die vorliegende Untersuchung analysiert das Spannungsfeld zwischen staatlicher und privater Primärverantwortung für die Lebensmittelsicherheit aus dem Blickwinkel der Medien. Die privaten Sicherungssysteme sind im Diskursverlauf fast komplett ignoriert worden und Vorschlägen zur weitergehenden Eigenkontrolle durch die Wirtschaft wurde nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Staatliche Sicherungssysteme wurden in den Vordergrund gestellt und weitere Verbesserungen und Intensivierungen im Sinne des Verbraucherschutzes eingebracht. Diese Stärkung der staatlichen Systeme lag vor allem im Interesse der politischen Akteure, die so ihren Einflussbereich sichern und sich selbst als Helfer darstellen.

Dies geht einher mit einer untergeordneten Rolle der Wirtschaft im Diskurs, die nicht annähernd soviel Sprechanteile wie die Politik erreicht. Ob die Gründe hierfür in der fehlenden Kommunikation mit der Öffentlichkeit oder in der Selektion der Medien zu suchen sind, lässt sich anhand des Datenmaterials nicht feststellen. Ein einfacher Blick auf die Homepages der einschlägigen größeren Unternehmen und der Verbände spricht aber für eine geringe Kommunikationsintensität. Die Folge der geringen Beteiligung der Wirtschaft am Diskurs ist jedoch, dass Vorschläge zur Problemlösung im Bereich der privatwirtschaftlichen Primärverantwortung für Lebensmittel kaum zu finden sind. Die ohnehin geringe Reputation der deutschen Fleischwirtschaft (VON ALVENSLEBEN, 1997; ALBERSMEIER und SPILLER, 2008, und BRUHN, 2008) wird durch die fehlende Deutungsmacht in den Medien ein weiteres Mal in Frage gestellt. Daraus lässt sich als Handlungsempfehlung für die Fleischbranche neben der weiteren Verbesserung der Qualitätssicherungs-

systeme eine deutliche Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit der Verbände und Unternehmen der Branche ableiten. Zurzeit sind bereits mehr als 100 000 Unternehmen aus der gesamten Fleisch-Supply-Chain nach QS, IFS und ISO 9000 zertifiziert. Die Medienanalyse zeigt, dass im Gegensatz zu diesen Investitionen der Aufbau einer leistungsfähigen PR-Infrastruktur vernachlässigt wurde, so dass im Krisenfall die Politik immer wieder in den Vordergrund rückt.

Die diskutierte Dominanz der staatlichen Akteure birgt jedoch die Gefahr, dass sie aufgrund ihrer hohen Eigennennungen den eigentlich zu konstatierenden Trend zu mehr privater Verantwortung konterkarieren. Sie könnten die vielen privatwirtschaftlichen Initiativen zum Aufbau von Qualitätssicherungssystemen zur Kontrolle der Lebensmittelqualität demotivieren und fördern dadurch ggf. die Delegation der Verantwortung an den Staat. Einer staatlichen Überwachung könnten jedoch angesichts defizitärer öffentlicher Haushalte finanzielle Grenzen gesetzt sein.

Darüber hinaus führt die nichteindeutige Politik in Bezug auf die Verantwortung der Lebensmittelsicherheit zu der von BECK (1988) als „organisierte Unverantwortlichkeit“ bezeichneten Situation, bei der die vielfach kleinteilige ökonomische Struktur, der fehlende Bekanntheitsgrad der Unternehmen und erhebliche Defizite beim Aufbau von Rückverfolgbarkeitssystemen eine gezielte Zurechnung der Fehler verhindern und für die Betroffenen und die Öffentlichkeit der Staat in die Verantwortung tritt.

Für zukünftige Forschungen auf diesem Gebiet stellt sich die Frage, ob die EU-Politik auf Grund einer fehlenden europäischen Medienöffentlichkeit unter anderen Voraussetzungen agiert als nationale Politiken und deswegen in Fragen der Lebensmittelsicherheit vielfach unterschiedliche Optionen vertreten werden.

Literatur

- ALBERSMEIER, F. und A. SPILLER (2008): Supply Chain Reputation der deutschen Fleischwirtschaft. In Vorbereitung.
- BECK, U. (1988): Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt am Main.
- BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) (Hrsg.) (2005): Fleischskandal: Das 10-Punkte-Programm des BMELV. In: http://www.bmelv.de/nn_1032706/DE/02-Verbraucherschutz/Lebensmittelsicherheit/10PunkteProgrammFleisch.html_nnn=true.
- (Hrsg.) (2007): Kabinett beschließt weitere Maßnahmen gegen den Handel mit Gammelfleisch. In: http://www.bmelv.de/cln_045/nn_751678/DE/02-Verbraucherschutz/Lebensmittelsicherheit/MassnahmenKabinettGammelfleisch241007.html_nnn=true.
- (Hrsg.) (2008): Seehofer: Bund schließt Schlupflöcher bei der Lebensmittelüberwachung. In: http://www.bmelv.de/cln_044/nn_751998/DE/12-Presse/Pressemitteilungen/2008/024-SE-LFGB.html.
- BODENSTEIN, G. und A. SPILLER (1998): Marketing – Strategien, Instrumente und Organisation. Verlag Moderne Industrie, Landsberg/Lech.
- BONFADELLI, H. (2002): Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. UVB Universitätsverlag, Konstanz.
- BRONNER, R. (1992): Verantwortung. In: Frese, E. (Hrsg.): Handwörterbuch der Organisation. 3. Auflage. Schäffer-Poeschel, Stuttgart: 2503-2513.
- BRUHN, M. (2008): Herausforderungen an die Kommunikationspolitik der Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

- In: Spiller, A. und B. Schulze (Hrsg.) (2008): Zukunftsperspektiven der Fleischwirtschaft – Verbraucher, Märkte, Geschäftsbeziehungen. Universitätsverlag Göttingen: 329-340 (im Druck).
- CHRISTMANN, G.B. (1997): Ökologische Moral. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.
- DITTBERNER, K.H. (2007): Nahrungsprobleme in den Medien. In: http://www.khd-research.net/Food/in_M/edia_01.html.
- DOMBROWSKI, I. (1997): Politisches Marketing in den Massenmedien. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.
- DRUCKMAN, J. (2004): Political preference information: Competition, deliberation, and the (ir)relevance of framing effects. In: *American Political Science Review* 98 (4): 671-686.
- EG (Europäische Gemeinschaft) (Hrsg.) (2002): Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit. Brüssel.
- ENTMAN, R. (1993): Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4): 51-58.
- EUROPEAN COMMUNITIES (2006): Food quality assurance and certification schemes. Background Paper for the Stakeholder Hearing 11/12 May 2006.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12.09.2006.
- FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 14.12.05.
- FULPONI, L. (2006): Private voluntary standards in the food system: the perspective of major food retailers in OECD countries. In: *Food Policy* 31(1): 1-13.
- GERHARDS, J. (1995): Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? In: Göhler, G. (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht. Nomos-Verlag, Baden-Baden: 149-177.
- GERHARDS, J., F. NEIDHARDT und D. RUCHT (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- HAMBURGER ABENDBLATT vom 21.11.05.
- HATANAKA, M., C. BAIN und L. BUSCH (2005): Third-Party Certification in the Global Agrifood System. In: *Food Policy* 30 (3): 354-369.
- HERZOG, D., H. REBENSTORF, C. WERNER und B. WEBELS (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- HOBBS, T. (1998): Leviathan. Meiner, Hamburg.
- IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.) (Hrsg.) (2008): Quartalsauflagen von Presseerzeugnissen – Titel nach Gattungen. In: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=11&u=&p=>.
- JAHN, G., M. Schramm und A. Spiller (2005): The Reliability of Certification: Quality Labels as a Consumer Policy Tool. In: *Journal of Consumer Policy* 28 (1): 53-73.
- JARREN, O. und P. DONGES (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- KEPPLINGER, H.M. (1998): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Verlag Karl Alber, Freiburg.
- (1994): Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. In: Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34: 162-191.
- KLEINSCHMIT, D. und P.H. FEINDT (2004): Verursacher, Opfer und Helfer – BSE und Agrarpolitik in deutschen Zeitungen. In: *Forschungsjournal Neue soziale Bewegung* 3 (3): 93-98.
- KLEINSCHMIT, D., I.M. EKAYANI, I.M.S. PARK und I.A. REAL (2007): Globaler medialer Walddiskurs – Beispiel für eine deliberative Öffentlichkeit? In: Jacob, K., P.H. Feindt und P.-O. Busch (Hrsg.): Politik und Umwelt. Politische Vierteljahresschrift (39): 430-451.
- LINSKY, M. (1986): *Impact: How the Press Affects Federal Policy Making*. Norton, New York.
- MEYER-HULLMANN, K. (1999): Lebensmittelskandale und Konsumentenreaktionen. Analyse der Auswirkungen von Lebensmittelskandalen unter besonderer Berücksichtigung des Informationsverhaltens, dargestellt am Beispiel BSE. In: Europäische Hochschulschriften Reihe 5. Volks- und Betriebswirtschaft. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main.
- NOELLE-NEUMANN, E. (1980): *Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. Piper, München.
- ROGERS, E.M., J.W. DEARING und S. CHANG (1991): Aids in the 1980s: the agenda-setting process for a public issue. *Journalism Monographs* 126. Association for Education in Journalism and Mass Communication, Columbia, NJ.
- RUB-MOHL, S. (1981): *Reformkonjunkturen und politisches Krisenmanagement*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- SCHRAMM, M. und A. SPILLER (2003): Farm-Audit und Farm-Advisory-System. Ein Beitrag zur Ökonomie von Qualitätssicherungssystemen. In: *Berichte über Landwirtschaft* 81 (2): 165-191.
- SNOW, D.A., B.E. ROCHFORD, S.K. WORDEN und R.D. BENFORD (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: *American Sociological Review* 51 (4): 464-481.
- SPRIGGS, J. und G.E. ISAAC, (2001), *Food Safety and International Competitiveness: The Case of Beef*. CABI Publishing, Wallingford.
- STAAB, J.F. (1989): Marktstellung und lokales Informationsangebot regionaler Abonnementzeitungen. In: *Publizistik* 34 (4): 467-477.
- STOLLE A., J. PETERS und B. SPERNER (2000) 100 Jahre Fleischbeschaugesetz - Von Ostertag'scher Fleischschau zu EU-Kontrollsystemen. In: *Fleischwirtschaft* 80 (8): 22-24.
- TAZ vom 22.01.08.
- VON ALVENSLEBEN, R. (1997): Die Verunsicherung der Verbraucher – Entwicklung, Ursachen und Konsequenzen. In: *Betriebswirtschaftliche Mitteilungen der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein* 507/508.
- VON PRITZWITZ, V. (1990): *Das Katastrophenparadox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik*. Leske und Budrich, Opladen.
- WILKE, J. (1999): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Böhlau, Köln.
- WITTKÄMPER, G.W., J. BELLERS, J. GRIMM, M. HEIKS, K. SONDERGELD und K. WEHMEIER (1992): *Pressewirkung auf außenpolitische Entscheidungsprozesse – Methodologische Probleme der Analyse*. In: Wittkämper, G.W. (Hrsg.): *Medien und Politik*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt: 150-168.

Kontaktautor:

DR. HOLGER SCHULZE

Georg-August-Universität Göttingen,

Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung

Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51-39 48 38, Fax: 05 51-39 12 122

E-Mail: h.schulze@agr.uni-goettingen.de